

Engagementförderung in Nordrhein-Westfalen – Infrastruktur und Perspektiven

Martin Rüttgers

Der Bedeutungszuwachs bürgerschaftlichen Engagements ging in den letzten Jahren einher mit einem regelrechten Gründungsboom von Organisationen, die mit differenzierten Angeboten freiwilliges Engagement vor Ort unterstützen. In Nordrhein-Westfalen lässt sich die Dynamik der Organisationsgründung und -entwicklung im Bereich infrastruktureller Engagementförderung besonders gut beobachten. In keinem anderen Bundesland gibt es eine größere Vielzahl und Dichte an jenen neuen Organisationstypen der Engagementförderung vor Ort. So verbreitet und scheinbar selbstverständlich Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen, kommunale Stabsstellen und trägerübergreifende Netzwerke in Nordrhein-Westfalen ihre wichtige Arbeit leisten, so diffus ist jedoch der Forschungsstand zu den spezifischen Aufgabenprofilen, Leistungsspektren, Interaktionen und Kooperationen dieser engagementfördernden Infrastruktur.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung und insbesondere das für Bürgerengagement federführende Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) will mit ressortspezifischen Instrumenten und Programmen die Rahmenbedingungen für die Engagierten verbessern. Die Landesregierung unterstützt und fördert bürgerschaftliches, ehrenamtliches Engagement z.B. durch Informationsmöglichkeiten (www.engagiert-in-nrw.de), Beratungsangebote, Wettbewerbe, finanzielle Zuwendungen für Modellprojekte, Instrumente der Anerkennungskultur (Engagementnachweis »Füreinander. Miteinander – Engagiert im sozialen Ehrenamt«, Ehrenamtskarte) sowie Landesversicherungen für das Ehrenamt.

Die durch das MGFFI geförderte Studie »Engagementförderung in Nordrhein-Westfalen: Infrastruktur und Perspektiven« analysiert vor diesem Hintergrund Leistungsspektren, Kooperationen, Konflikte und Unterstützungsbedarfe dieser sich zunehmend ausdifferenzierenden Infrastruktur. In einer Bestandsaufnahme engagementpolitischer Akteure und einer hierauf aufbauenden Potenzialanalyse zu deren Möglichkeiten, Grenzen und

Entwicklungschancen (qua Delphi-Methode) konnte die Universität Duisburg-Essen (Leitung Prof. Dr. Wolfgang Stark) Handlungsempfehlungen zur Optimierung engagementpolitischer Strategien und Förderinstrumente ableiten.

Um diese Forschungsziele zu erreichen, wählten wir einen Methodenmix aus, der zum einen die Vielfalt der Infrastruktur und deren Expertinnen und Experten berücksichtigte, zum anderen deren Know-how und Feldkompetenz durch mehrstufige Befragungen systematisch aktivieren konnte. Mit Hilfe von 14 Experteninterviews wurde die empirische und analytische Grundlage für die Durchführung einer Delphi-Befragung gelegt, die als zielführend und fruchtbar gewertet werden kann: Die Expertinnen und Experten konnten zu den aus den Interviews gewonnenen Thesen Stellung beziehen und wurden durch das dreistufige Befragungsverfahren in die Lage versetzt, die eigenen Positionen zu reflektieren, zu konkretisieren bzw. zu bekräftigen.

Die am Forschungsprojekt mitwirkenden Expertinnen und Experten sprechen für Organisationen, die das Forschungsobjekt der engagementfördernden Infrastruktureinrichtungen in ihrer Heterogenität angemessen repräsentieren. So befragten wir Vertreterinnen und Vertreter von innovativ arbeitenden Freiwilligenagenturen (Centrum für bürgerschaftliches Engagement; Freiwilligenakademie OWL) ebenso wie Dachorganisationen dieses Infrastrukturtyps (Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen in Nordrhein-Westfalen; Verbund der Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband). Ferner wurden Support-Organisationen von Bürgerstiftungen (Aktive Bürgerschaft; Initiative Bürgerstiftungen) konsultiert. Netzwerke und Serviceorganisationen der Engagementförderung (Arbeitsausschuss »Bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe« der Landesarbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen, BBE, Netzwerk Ruhrgebiet; Städte-Netzwerk Nordrhein-Westfalen, Stiftung MITARBEIT) konnten wertvolle Beiträge zu den Forschungsergebnissen liefern. Schließlich wirkten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommunaler Verwaltungen von Städten mit (Arnsberg, Essen, Köln, Rheine), die mit ihren Koordinierungsstellen wegweisende Schritte in Richtung »Bürgerkommune« gehen.

Die auf Basis der Experteninterviews durchgeführten Befragungen mit Hilfe der Delphi-Methode erlaubten uns, Empfehlungen zur Stärkung einer zukunftsfähigen Infrastruktur der Engagementförderung in Nordrhein-Westfalen zu generieren und zu formulieren, die als Quintessenz des methodisch aufwendigen, mehrstufigen Verfahrens der Expertenbefragung betrachtet werden können. Die Studie bietet in den Auswertungskapiteln der Delphirunden eingehende Analysen zu den Einschätzungen der Expertinnen und Experten, sowohl bezüglich einzelner zur Diskussion gestellter Thesen als auch zu den Handlungsempfehlungen, die wir nachfolgend dokumentieren.

- Die nordrhein-westfälische Landesregierung sollte mit hoher Priorität eine abgestimmte Strategie zur Engagementpolitik entwickeln und veröffentlichen, die auf einer Bestandsanalyse der bisherigen Förderinstrumente und deren Wirksamkeit basiert.
- Die nordrhein-westfälische Landesregierung sollte mit dem Bund und den Kommunen in einen Abstimmungs- und Verhandlungsprozess treten, um Möglichkeiten der zukünftigen Finanzierung von Infrastruktureinrichtungen zu erörtern.
- Die nordrhein-westfälische Landesregierung sollte die Aufklärungsarbeit im Bereich des unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements weiter vorantreiben und die weitere Vernetzung zwischen Unternehmen und Einrichtungen der Engagementförderung fördern.
- Die nordrhein-westfälische Landesregierung sollte Weiterbildungsmöglichkeiten im Rahmen der Personalentwicklung von Mitarbeiter/innen der Engagementförderung auch bei den »soft skills« (Kommunikations- und Beratungsfähigkeiten, Konfliktfähigkeit usw.) anbieten bzw. fördern.
- Die Entwicklung eines bereichs- und sektorübergreifenden Landesnetzwerks zur Stärkung des Bürgerengagements in Nordrhein-Westfalen wird unter bestimmten Voraussetzungen und unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Expertenhinweise (Erfolgsfaktoren) empfohlen.
- Die nordrhein-westfälische Landesregierung sollte die Infrastruktureinrichtungen dabei unterstützen, ihr Binnenverhältnis zu reflektieren und produktive Kooperationen zur Stärkung des Engagements vor Ort zu entwickeln.
- Im Zuge der Strategieentwicklung sollte die nordrhein-westfälische Landesregierung die Sondierung und Analyse von Zukunftsthemen und –herausforderungen verstärken, die das Bürgerengagement mittel- und langfristig beeinflussen (und umgekehrt), um in der Engagementpolitik nachhaltige Akzente zu setzen.

Autor

Martin Rüttgers ist Politikwissenschaftler und selbstständiger Politikberater mit dem Beratungs- und Forschungsschwerpunkt Bürgerschaftliches Engagement.

www.politikberatung-ruettgers.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de